

Baumfällungen – ein Zeichen der Zeit

Von Jörg v. Prondzinski

In den letzten Monaten dürfte es niemandem im Stadtteil entgangen sein: Eine gigantische Anzahl von Bäumen wurde gefällt. Dieser Artikel will versuchen, die Hintergründe zu beleuchten.

Es ist nicht das erste Jahr, in dem mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt werden. Und Wilhelmsburg ist nicht der einzige Stadtteil, in dem dies passiert. In der letzten ‚Saison‘ aber hat hier das Abholzen alle bisherigen Maßstäbe gesprengt.

Betroffen sind nicht nur Bäume, die das Pech haben, auf dem der Gartenschau-GmbH anhand gegebenen Land zu stehen. Andere Grünanlagen werden Jahr für Jahr immer weiter entholzt. Für Planungen der neuen Mitte Wilhelmsburgs sind Hunderte Bäume gefällt (noch viel mehr sollen folgen) und auch Straßenbäume verschwinden nach und nach ersatzlos.

Und ist es doch Wahnsinn bezüglich der Klimahauptstadt *green capital* und der ökologischen Vernunft, so hat es doch Methode: Das Ganze geschieht nicht aus Unachtsamkeit oder aufgrund von Planungsfehlern, nein, insbesondere die Gartenschau soll ja vorbildhaft den Umgang mit dem öffentlichen Grün für das neue Jahrhundert aufzeigen.

Warum aber verschwinden nun die Bäume aus der Stadt – und nicht nur die, sondern naturnahe Grünflächen und ökologisch wertvolle Bereiche generell?

Zwei Aussagen sind zu der Frage

möglich, wobei angemerkt sei, dass das Folgende die Tendenz beschreibt und nicht behauptet, dass alles schon zu 100% so wäre (und die verwendeten Schlagworte bitte nicht abschrecken mögen...).

1.: Das Virtuelle siegt über das Reale. Hamburg ist eine grüne Stadt. So ist jedenfalls das *Image*. Images können produziert werden, müssen aber nicht unbedingt der Realität entsprechen. Wenn nur oft genug gesagt wird, Hamburg sei eine grüne Stadt, wird dies geglaubt (also das *Image* erfolgreich hergestellt), auch ohne dass besonders viel Grün *tatsächlich vorhanden* sein müsste. (Im Vergleich mit den anderen Städten, die sich um den Titel ‚Umwelthauptstadt‘ beworben haben, ist die Hamburger Grünflächenversorgung unterdurchschnittlich.) Damit ist aber das Verschwinden des Grüns noch nicht zwingend erklärt.

Folgt 2.: Das Neoliberale siegt über das Soziale. Hamburg hält sich zunehmend nicht mehr für eine Stadt, also ein Gemeinwesen aller in ihr lebender Menschen, sondern für ein Unternehmen, das ‚Unternehmen Hamburg‘ eben, schon in den 80er Jahren ausgerufen von Bürgermeister von Dohnanyi. Dieses Unternehmen hat andere Ideale als die alte Stadt. Früher sorgte sich das Gemeinwesen Stadt (auch) um Interessensausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und um eine allgemeine Daseinsvorsorge. Beispielsweise

durch das Erheben von sozial gestaffelten Steuern, die dann für den Erhalt der Grünanlagen verwendet wurden, die kostenlos für die Allgemeinheit zugänglich waren. Jetzt ist alles anders: Die Metropole Hamburg muss sich (angeblich) im globalen Wettbewerb positionieren. Das einzige was mit Steuern noch geschehen kann, ist sie zu senken – im Sinne des Wirtschaftsstandorts.

Statt der Steuern gibt's jetzt Einnahmen für die Unternehmensbilanz. Das geht – neben dem Spekulieren, das manchmal schief geht – durch Verkaufen von Produkten (HEW, Krankenhäuser, Grundstücke – zumindest, solange noch ‚Tafelsilber‘ vorhanden ist) oder das Vermieten von dem, was noch nicht verkauft ist.

So erhöht das Hamburger Tochterunternehmen SAGA/GWG die Mieten stärker, als es dem Hamburger Durchschnitt entspricht. Dafür kann es dann den jährlichen „Elbphilharmonie-Soli“ von 100 Mio. € abführen. (Und die MieterInnen gewöhnen sich schon mal daran, wie es ist, wenn die SAGA dann doch verkauft wird, wenn der Vermieter ein *global player* auf dem Kapitalmarkt ist, wie es die Gagfah im Bahnhof- und Korallusviertel schon jetzt zeigt.)

Auch die Ausgaben werden andere - Werbeetat rauf, Betriebskosten runter: Für Stadtmarketing-Symbole wie die Elbphilharmonie sind schnell mal ein paar hundert Millionen mehr fällig, bei Bücherhallen und öffentlichem Grün wird gestrichen.

Wobei mit den Stichworten Verkauf und Kostensenkung wieder die Verbindung zur Gartenschau hergestellt

...sind's die Füße?

med. pod.

FUSSPFLEGE
Thomas Beermann

Tel. 752 80 56

Veringstraße 71



Neueröffnung:

Atlântico

Portugiesische **Fisch- & Fleischspezialitäten**

Mittagstisch 5 €

Veringstraße 26 - ☎ 75 66 27 27

- 12 bis 24 Uhr durchgehend warmes Essen -

wäre: Das bislang öffentliche Land soll an Investoren vermarktet werden. Die sollen davon leben, dass Menschen für etwas bezahlen, was sie früher kostenlos tun konnten – nämlich ihre Freizeit verbringen.

Die Perspektive für das öffentliche Grün also: Inwertsetzung durch Verkauf und Bebauung. Oder alternativ Vermietung der Flächen zur privatwirtschaftlichen Nutzung, etwa für Gastronomie, wie es ebenfalls für das Gartenschau Gelände vorgesehen ist.

Für die übrigen, noch nicht privatisierten Grünflächen gilt ganz unternehmerisch: Leistungssteigerung bei drastischer Kostensenkung.

Wissenswert dazu: Jeder Baum im öffentlichen Raum muss regelmäßig begutachtet werden, um eine von ihm möglicherweise ausgehende Gefährdung, für die die Stadt haften müsste, auszuschließen. Bäume sind ein mörderischer Kostenfaktor! Die Laubbeseitigung kommt noch hinzu! Pflege von Gebüsch ist das zweit teuerste in öffentlichen Grünanlagen (ca. 36.000 €/ha im Jahr). Besonders aufwendig: Das Heraussammeln von Müll (in Wilhelmsburg wird dies allerdings nur noch von Arbeitslosen erledigt, die das per Vertrag (!) für das Bezirksamt erledigen.) Relativ günstig sind Rasenflächen (ca. 10.000 €/ha im Jahr). Am billigsten ist allerdings Betonplatte. Die muss dann auch nach einem Großevent nicht mehr erneuert werden. Schon bemerkt? Dementsprechend sehen die in jüngster Zeit gestalteten Grünanlagen, z.B. in der HafenCity, aus.

Auch die Theorie fehlt nicht: Seit 10 Jahren – angefangen in der einst eigenständigen Umweltbehörde – gibt es Fachtagungen namens GRÜN | MACHT | GELD. Da geht es (auch) darum, was mit öffentlichem Grün passiert, für das kein öffentliches Geld mehr bereitgestellt wird. Damals, zu Umweltbehördenzeiten war dafür übrigens Heiner Baumgarten zuständig, jetzt laufen die Fachtagungen als igs-BSU-Kooperationen. Praktischerweise ist Herr Baumgarten jetzt igs-Chef.

Zusätzlich gibt es ein räumliches Leitbild zur Hamburger Stadtentwicklung (immer noch im Entwurfsstadium), erarbeitet in der BSU. Darin steht etwas über die *Qualitäts-*

offensive Freiraum, allerdings nicht ganz so deutlich formuliert. Prinzip: Nutzungsintensivierung der verbleibenden Grünflächen im Sinne der wachsenden Stadt, in der jeder Platz zu kostbar geworden ist, um ihn für Wildwuchs, Specht oder Igel zu vergeuden.

Schlechte Nachrichten also für Leute, die ein bisschen Natur in der Stadt nicht schlecht finden. Kann man denn da gar nichts machen? Doch!

Das Ausräumen und Kommerzialisieren des öffentlichen Grüns entspricht angeblich den gewandelten Wünschen heutiger BesucherInnen; Erhebungen dazu, wird zugegeben, gibt es allerdings nicht.

Und vor allem: Es fehlt die demokratische Legitimation für das neue Vorgehen. Bekanntlich leben wir in einer Demokratie, in der alle Macht vom Volke ausgeht. Allerdings ist keine Partei mit der Forderung angetreten, das öffentliche Grün nicht mehr öffentlich zu finanzieren, sondern es zu pflegeleichten Eventflächen zu entwickeln und zu vermarkten. Solange das Volk aber schweigt, werden alle irgendwo an den Fleischtöpfen dieser Stadt sitzenden Parteien und besonders die grün geführte BSU unisono so weitermachen und so tun, als sei dies eine naturgesetzliche Entwicklung.

Dass es gelingen kann, die Stadt von ihrem neoliberalen Höchstverwertungskurs auch wieder abzubringen, zeigt das Recht-auf-Stadt-Netzwerk, das u.a. erreicht hat, das Gängeviertel einstweilen zu sichern und das Zugeständnis der Stadt zu bekommen, in Zukunft städtische Flächen nicht nur nach Höchstgebot zu vermarkten, sondern auch wieder zu betrachten, was das beste Konzept (für die Allgemeinheit hoffentlich) ist.

Wie der öffentliche Raum aussehen soll, dürfen wir nicht den Verwertungsstrategen überlassen, sondern wir müssen uns selbst einmischen! Dazu muss die Thematik vielfältig öffentlich sichtbar gemacht werden, in den Parteien diskutiert werden, in den Medien, auf der Straße... Dann können sie nicht einfach so weitermachen.



Bäume am Fährstiege kaputt

Jörg v. Prondzinski. In einem großen Bereich der Lindenallee weisen die Bäume Verletzungen auf. Das Ausmaß der Beschädigungen macht es unplausibel, dass hier vereinzelte Rangierfehler die Ursache sind. Bereits 2007 wurden zwei Bäume in Zuge des IBA-Elbinsselfestivals herausgesägt. Die aktuelle Ansiedlung von RollsRoyce auf der ehemaligen ‚Wiese‘ war gerüchteweise etwas ins Stocken geraten, jetzt aber soll alles wieder seinen Gang gehen – wobei die Straßenanbindung sicher noch ertüchtigt werden wird.



Autogerechte neue Mitte

Jörg v. Prondzinski. An der Dratenstraße zur Mündung in die Mengestraße wurde eine neue Fahrspur eingerichtet. Zuvor befanden sich dort auf etwa 4 m Breite ein Rad- und ein Fußweg. Jetzt endet der Radweg blind (ohne irgendeine wegweisende Beschilderung, ohne Furt auf die Fahrbahn) und der Fußweg ist auf 1,5 m eingengt, liegt ohne Sicherheitsabstand direkt neben der Fahrbahn.

Zeichnet sich hier schon der autogerechte Ausbau der neuen Mitte ab? Die Dratenstraße soll ja zum vierspurigen Autobahnzubringer ausgebaut werden, so die aktuellen Bebauungsplanentwürfe.